

Pressesprecher**Bernd Sanders**

Landeshaus

24100 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>e-mail: info@cdu.ltsh.de

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 218/02 vom 16. Mai 2002

TOP 14 und 33

Sylvia Eisenberg: Junge Lehrer brauchen Anreize

Zunächst einmal etwas Grundsätzliches: dieser Bericht der Landesregierung liest sich nicht wie ein Bericht zum Problem „wie gewinne ich neue und junge Lehrkräfte?“, sondern in weiten Teilen wie ein Bericht zur Frage: Wie verhindere ich, dass junge und neue Lehrkräfte eingestellt werden?

Denn die angeführten Maßnahmen wie die Aussetzung der Altersteilzeit, Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung und Abbau von Ausgleichsstunden sind Maßnahmen, die zwar in Ansätzen, aber doch nur in Ansätzen der Erhöhung des Unterrichtsangebotes durch Verlängerung der Arbeitszeit der alten Lehrer dienen, aber keinesfalls dazu geeignet sind, junge neue Lehrkräfte für den Beruf des Lehrers zu gewinnen. Gerade auch die nach Schularten differenzierte Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung wird v.a. den in den nächsten Jahren anfallenden Unterrichts- und Lehrerberarf vor allem in den Berufsschulen aufgrund von Pensionierung und zusätzlichen Schülerzahlen nicht auffangen können, abgesehen davon, dass ein Teil der durch die beschriebenen Maßnahmen erwirtschafteten Stunden dazu verwendet wird, Lehrereinsparungen vorzunehmen und Ganztagsangebote zu finanzieren und nicht etwa neue Lehrkräfte einzustellen. Und wir brauchen junge Kräfte überall, aber v. a. im Berufsschulbereich. Anfang März waren 22 Lehrerstellen unbesetzt, davon 17 bzw. 16 im Bereich der beruflichen Schulen, von 24 unbesetzten Anwärterstellen fielen allein 13 auf die beruflichen Schulen.

Über die so hoch gelobte, aber im Ergebnis nur als Pressegag zu bezeichnende welcome-back-Aktion der Kultusministerin, brauche ich mich hier nicht weiter auszulassen: das hat die Presse für mich erledigt: es gab keine konkrete Bedarfsanalyse, die Aktion ist zu spät und zu schleppend angelaufen, die Bewerber/innen haben späte oder gar keine Antworten erhalten, ein Teil der Bewerbungen ist im bürokratischen Hick-Hack versunken und hat deshalb zu Frustrationen bei den Bewerbern geführt, viele Briefe und Infos der Lehrerverbände bestätigen die negativen Auswirkungen dieses Presse-Gags.

Aber, meine Damen und Herren, dieser Bericht will uns auch noch etwas ganz Neues vermitteln: nämlich das Prinzip Hoffnung: Hoffnung auf das Lehrertauschverfahren zwischen den Bundesländern. Dieses sei erleichtert worden, jetzt gebe es ein Abkommen zw. Brandenburg und in Zukunft auch Mecklenburg-

Vorpommern, um den Wechsel von Lehrkräften zu erleichtern, konkrete Aussagen dazu und zu den künftigen Wechselquoten könnten aber leider nicht gemacht werden - Prinzip Hoffnung. Ob damit der schulart- und fächerspezifische Bedarf der Planstellen in Schleswig-Holstein gedeckt werden kann, ist zumindest heute noch fraglich (ich verweise auf die Kl. Anfrage Kollege Klug Drs. 15/1733, hier v. a. auf die schulartfremden Besetzungen).

Der von der Kultusministerin im Bildungsausschuss im Zusammenhang mit dem anstehenden Lehrerberuf mehrfach geäußerte Hinweis auf die anstehende Änderung der Lehrerlaufbahnverordnung hat zwar zunächst auch Hoffnungen erweckt, nach Durchsicht dieser neuen Verordnung, seit Januar in Kraft, kann aber nur festgestellt werden: Für Quereinsteiger in die beruflichen Schulen bleibt alles beim Alten, ebenfalls für Fachlehrer an Beruflichen Schulen, die von der CDU beantragten Änderungen sind nicht berücksichtigt worden. Der Quereinstieg von diplomierten in die Referendarausbildung, der als zwingend notwendig dargestellt wird, allerdings mit entsprechend miesem Gehalt, wird keinen Quereinsteiger in den dringend notwendigen Fächern wie Elektro- und Metalltechnik, Kommunikations- und Mediengestaltung, Wirtschafts- und technische Informatik veranlassen, den Lehrerberuf der lukrativeren Wirtschaft vorzuziehen. Und damit komme ich zu unserem Antrag.

Um zu werben und v.a. jüngere Leute, aber auch Quereinsteiger zum Einstieg in den Lehrerberuf, aber v. a. in den Beruf des Berufsschullehrers zu bewegen, bedarf es auch finanzieller Anreize, die jetzt mit Änderung der §63 des Besoldungsstrukturgesetzes möglich geworden sind. Besteht danach ein erheblicher Mangel an qualifizierten Bewerbern, können Anwärtersonderzuschläge gewährt werden. Ich darf Sie an unseren Antrag vom Februar letzten Jahres und die Begründung in der Landtagssitzung erinnern.

Nur mit Imagepflege und guten Worten werden wir nicht weiter kommen, um die dringend benötigten Fachkräfte an die Schulen zu holen. Ausgebildete Absolventen der Universitäten in Informatik und Elektrotechnik werden von der Industrie mit Kussband genommen. Anwärterbezüge für einen verheirateten Referendar im Alter von 30 Jahren von ca. € 760 und damit 100 € unter dem Sozialhilfeanspruch und das nach vorheriger Berufsausbildung und Studium werden keinen Informationstechniker reizen, an die Schulen zu gehen, obwohl wir gerade diese dringend brauchen. Wir sollten diese Leute in unserem Land ausbilden, an unsere Schulen holen und auf diese Weise für den Nachwuchs sorgen, bevor wir ausgebildete Kräfte aus dem Ausland holen.

Und ein weiteres kommt hinzu, vielfach von der Opposition immer wieder gefordert: Lehrer in Ausbildung v.a. im Berufsschulwesen sind darauf angewiesen und gezwungen, ausbildungsbezogene Fahrten zu unternehmen - für die Anwesenheit bei Lehrproben, für pädagogische Veranstaltungen im Landesseminar in Kiel. Bei den jetzigen Benzinpreisen ausbildungsbezogene Reisekostenvergütung mit 14 Cent pro Kilometer zu vergüten, die Landtagsabgeordneten erhalten mehr als das Doppelte (30 Cent), grenzt schon, bezogen auf die Einkommensverhältnisse der Lehrer in Ausbildung, an Zynismus.

Meine Damen und Herren der Regierungsfractionen, wie mir nach der Perlia-Veranstaltung im November 2001 berichtet wurde, haben Sie, Herr Jacobs, und Sie, Frau Birk, die berechtigten Forderungen der Referendare immer jeweils zustimmend zur Kenntnis genommen und mit dem Kopf genickt. Die Kultusministerin hat, soweit ich es den Veröffentlichungen der Verbände entnehmen kann, bereits im September

2000 ihre Bereitschaft erklärt, Anwärtersonderzuschläge zu gewähren, falls die rechtlichen Rahmenbedingungen es hergeben. Das ist jetzt der Fall. Ich erwarte von Ihnen, Frau Birk und Herr Jacobs, dass Sie jetzt Ihr zustimmendes Nicken auch in die Tat umsetzen und unserem Antrag zustimmen und von Ihnen, Frau Erdsiek-Rave, dass Sie keinen Wortbruch begehen.

Die Frage der Gegenfinanzierung brauche ich hier nicht noch einmal ansprechen, die können Sie in unseren Vorschlägen vom letzten Jahr nachlesen(Landtagsprotokoll v. Februar 2001).